



Sachbearbeitung	R3 - Referent BM 3		
Datum	07.02.2019		
Geschäftszeichen	R3-Am		
Beschlussorgan	Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt	Sitzung am 07.05.2019	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 075/19

---

Betreff: Landesgartenschau 2030  
- Bericht über die Projektstruktur und weiteres Vorgehen -

Anlagen:

**Antrag:**

1. Den Bericht und das weitere Vorgehen zur Kenntnis zu nehmen.
2. Den entstehenden Sachkosten in Höhe von 360.000 € und den Personalkosten in Höhe von 89.000 € für die Einrichtung einer Geschäftsstelle Landesgartenschau zuzustimmen.
3. Die Finanzierung der Sach- und Personalkosten erfolgt im Rahmen des zur Verfügung stehenden Fach-/Bereichsbudget nach dem neuen Haushaltsplanverfahren 2020 und steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit aller zu erfüllender städtischer Aufgaben und der Beschlussfassung des Haushaltsplans 2020 durch den Gemeinderat.

von Winning

---

Zur Mitzeichnung an:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
OB _____	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

**Sachdarstellung:**

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	<b>ja</b>
Auswirkungen auf den Stellenplan:	<b>ja</b>

MITTELBEDARF			
INVESTITIONEN / FINANZPLANUNG (Mehrjahresbetrachtung)		ERGEBNISHAUSHALT laufend	
PRC: Projekt / Investitionsauftrag:			
Einzahlungen <sup>1</sup>		Ordentliche Erträge	
Auszahlungen		Ordentlicher Aufwand	459.000 €
Aktivierte Eigenleistungen		<i>davon Abschreibungen</i>	0 €
		Kalkulatorische Zinsen (netto)	
Saldo aus Investitionstätigkeit		Nettoressourcenbedarf	459.000 €
MITTELBEREITSTELLUNG			
<u>1. Finanzhaushalt 2019</u>		2020	
Auszahlungen (Bedarf):		Im Rahmen des neuen Haushaltsplan- verfahrens	459.000 €
Verfügbar: (inkl. HH Reste Vj.)			
Ggf. Minderbedarf		fremdes Fach-/Bereichsbudget bei: PRC	€
Deckung Mehrbedarf bei PRC			
PS-Projekt 7		Mittelbedarf aus Allg. Finanzmitteln (Kalk. Verzinsung)	€
bzw. Investitionsauftrag 7			
<u>2. Finanzplanung 2020 ff</u>			
Auszahlungen (Bedarf):			
i.R. Finanzplanung veranschlagte Auszahlungen			
Mehrbedarf Auszahlungen über Finanzplanung hinaus	0 €		
Deckung erfolgt i.R. Fortschreibung Finanzplanung			

**1. Ausgangslage**

Am 03. Juli 2018 hat der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg der Stadt Ulm den Zuschlag für die Durchführung einer Landesgartenschau im Jahr 2030 erteilt. Aus 14 Bewerberstädten wurden im Zeitraum 2026 bis 2030 drei Landesgartenschauen und zwei

Gartenschauen vergeben. Die Stadt Ulm konnte sich erfolgreich mit dem Thema "Bundesfestung" und der Entwicklung eines durchgängig erlebbaren grünen Bandes von der Wilhelmsburg bis zur Donau durchsetzen. Auch der Mut, sich neben den klassischen Grünthemen mit komplexen verkehrsinfrastrukturellen Themen auseinanderzusetzen, wurde dabei anerkannt. Ein wichtiges Entscheidungskriterium war darüber hinaus, dass die Bewerbung von vielen Vereinen, Fachgremien, der Bürgerschaft und dem Gemeinderat einstimmig mitgetragen wurde.

Der Bewerbungsprozess sowie der Start in die Planungsphase wurden unter der Federführung des persönlichen Referenten des Baubürgermeisters und in enger Abstimmung mit den Fachabteilungen durchgeführt. Der umfangreiche und zunehmend komplexer werdende Prozess macht eine eigene Projektstruktur mit Sach- und Personalmitteln erforderlich, die nachfolgend näher erläutert wird.

## 2. Zum weiteren Vorgehen

### 2019

14. Mai, 19 Uhr Öffentliche Information im Stadthaus

IV. Qu. Experten-Klausur zu Verkehr und Stadtentwicklung

IV./I. Qu. 2020 FBA und/oder GR: Bericht

### 2020 - 2030

2020-2021 Gutachten, Studien, Entwürfe, Öffentlichkeitsbeteiligung auf Grundlage der Arbeitsergebnisse der Expertenklatur

2022-2023 mehrstufiger Ideen- und Realisierungswettbewerb

2024 Gründung der Projektgesellschaft mbH

01.04.2024 Verbindliche Erklärung der Stadt gegenüber dem Land

2025 Bewilligung Zuschuss (kein Beginn vor Bewilligung)  
Beginn Marketing-Strategie

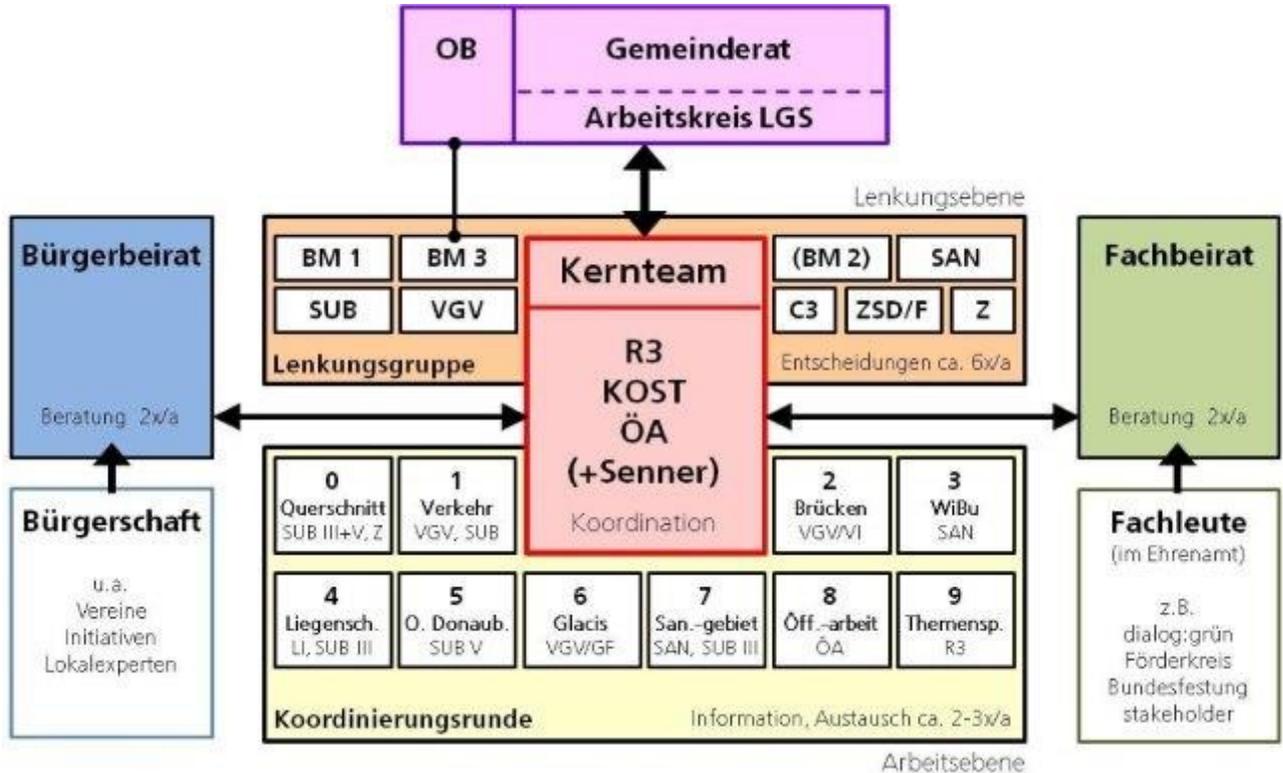
April 2030 Eröffnung

## 3. Projektstruktur

Die Planung für die Landesgartenschau im Jahr 2030 ist ein allmählich wachsender und zunehmend komplexer werdender Prozess. Die angelegte Projektstruktur wird flexibel auf die wachsenden Erfahrungen reagieren und muss bei Bedarf angepasst werden.

Derzeit liegt die Projektleitung beim Persönlichen Referenten des Baubürgermeisters Tim von Winning, der zusammen mit der externen Unterstützung durch Planstatt Senner, der Koordinierungsstelle Großprojekte (KOST) und der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit (ÖA) das Kernteam bildet. Das Kernteam koordiniert den Austausch unter den Teilprojekten und integriert den Dialog mit dem geplanten Bürger- und Fachbeirat auf der Arbeitsebene. Das Kernteam ist auch für den Informationsfluss zwischen Lenkungebene und Arbeitsebene verantwortlich und führt erforderliche Entscheidungen in der Lenkungsgruppe herbei.

Der Gemeinderat ist in regelmäßigen Abständen in den Informations- und Entscheidungsprozess integriert, voraussichtlich einmal pro Jahr im Fachbereichsausschuss und einmal im Gemeinderat. Außerdem wird eine gesonderte LGS-Kommission einberufen, die etwa zweimal pro Jahr intensiver in den Prozess eingebunden ist.



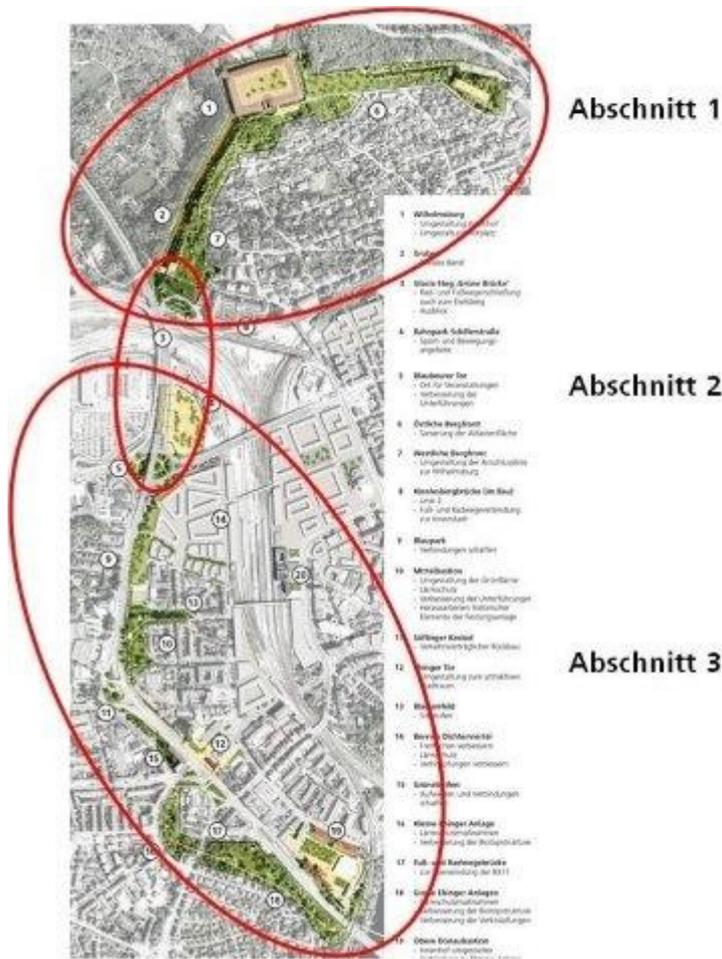
Folgende Teilprojekte sind bislang auf Arbeitsebene in der Koordinationsrunde vertreten: Verkehr und Städtebau rund ums Ehinger Tor, Brücken, Wilhelmsburg, Liegenschaften, Obere Donaubastion, Glacis, Sanierungsgebiete, Quartiersentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kommen Querschnittsthemen wie Natur- und Artenschutz, Denkmalschutz und Digitalisierung. Die Projektstruktur ist offen für weitere Teilprojekte, die sich entwickeln.

### Bürgerbeirat und Fachbeirat

Ziel des geplanten Bürgerbeirats soll es sein, Interessens- und Vereinsvertreter, interessierte Bürgerinnen und Bürger und Lokalexperten in den Diskussionsprozess einzubinden. Der Bürgerbeirat wird regelmäßig von der Stadtverwaltung über den Planungsstand informiert, soll zu den zentralen Themen repräsentativ mitdiskutieren und hat dadurch eine beratende Funktion. Unabhängig von diesem regelmäßig tagenden Gremium sind in regelmäßigen Abständen große Veranstaltungen für die gesamte Öffentlichkeit vorgesehen.

Auch der parallel dazu vorgesehene Fachbeirat soll eine beratende Funktion haben. Engagierte Fachplaner im Ehrenamt (beispielsweise Landschaftsarchitekten, Stadtplaner u.a.), Vertreter des Förderkreis Bundesfestung e.V. und weitere stakeholder haben hierüber die Möglichkeit, sich in den Diskurs einzubringen. Wie im Bürgerbeirat wird die Stadtverwaltung regelmäßig Planungsstände zur Diskussion stellen.

#### 4. Expertenklausur und Wettbewerbsverfahren



Aufgrund der sehr unterschiedlichen Problemstellungen, Ziele und Herangehensweisen wird das zentrale Planungsgebiet für die Landesgartenschau in drei Abschnitte unterteilt:

##### Abschnitt 1: Gaisenbergbastion - Wilhelmsburg - Kienlesbergbastion

Der Abschnitt 1 wird in den zu bewältigenden Themen und Anforderungen als "klassisches" Landesgartenschauengelände eingeschätzt. Hierfür kann auf bewährte LGS-Zielfindungsverfahren zurückgegriffen werden: Der Rahmenplan ist etwa bis 2022 als Vorbereitung auf einen Realisierungswettbewerb aufzustellen.

##### Abschnitt 2: Glacisweg

Der Glacisweg zwischen Blaubeurertor und Kienlesbergbastion erfordert aufgrund der exponierten Lage über den DB-Anlagen eine intensive Vorabstimmung mit der Deutschen Bahn und damit einen umfangreichen Planungsvorlauf. Unabhängig von anderen Landesgartenschauthemata müssen der Verlauf und die Anbindung der Start- und Endpunkte der Brücke bereits Anfang 2020 als grobe Konzeption geklärt sein. Eine Umsetzung muss dann aufgrund des Planungsvorlaufes zeitnah im Anschluss angegangen werden.

### Abschnitt 3: Blaubeurer Tor - Ehinger Tor - Obere Donaubastion

Dieser Abschnitt ist der komplexeste, bezogen auf die Fragestellungen an die Verkehrs-, Städtebau- und Freiraumplanung. Er ist nur in einem mehrstufigen Verfahren mit zwischengeschalteten öffentlichen und fachlichen Diskursen lösbar.



Als erster Schritt ist eine Experten- klausur im vierten Quartal 2019 geplant. Jeweils drei externe Verkehrs-, Stadt- und Freiraumplaner werden zu einem viertägigen Workshop nach Ulm eingeladen, um Ideen zu entwickeln und Ziele zu beschreiben.

Die Arbeitsergebnisse dienen als Diskussionsgrundlage für einen öffentlichen und fachlichen Diskurs. Es wird darum gehen, für das Areal zwischen Blaubeurer Tor und Donau bis 2021 eine gemeinsame Zielvorstellung zu entwickeln.

Der sich anschließende Ideen- und Realisierungswettbewerb wird mehrstufig und mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren angelegt. Auch hier werden sich Arbeitsphasen in den externen Büros mit Abstimmungsphasen mit der Stadtverwaltung und der Jury abwechseln. Ziel ist es, einen Siegerentwurf zu finden, der mit der Umsetzung beauftragt wird.

## 5. Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Der Start in den mehrjährigen Beteiligungsprozess für die Bürgerschaft und die interessierte Fachöffentlichkeit steht 2019 unter dem Motto \*entdecken\*. Die erste öffentliche Informationsveranstaltung wird am 14. Mai 2019 ab 19 Uhr im Stadthaus sein. Alle Ulmerinnen und Ulmer werden dazu eingeladen, im Sommer und Herbst neu zu entdecken, was sich hinter Mauern, meterhohen Büschen und Bäumen und unter dem Asphalt verbirgt und was sich daraus in zehn Jahren entwickeln kann. Gemeinsam mit dem Kulturprogramm "stürmt die Burg", den Führungen des Förderkreis Bundesfestung e.V., auf geführten instawalks und individuell auf dem Festungsweg kann jede und jeder mitmachen.

Außerdem lädt die Stadt zu drei Busexkursionen ein, um ein Bild davon zu bekommen, wie es andere machen. Die Exkursionen werden von Vertretern aus dem LGS-Kernteam begleitet:

- 10.07.2019 Bundesgartenschau Heilbronn
- 18.07.2019 Remstalgartenschau Schwäbisch Gmünd, Schorndorf
- 25.08.2019 Landesgartenschau Bayern, Wassertrüdingen

Für das Jahr 2020 und die folgenden ist eine mehrjährige Beteiligungskonzeption in Planung, die die Ortschaften in den Vorbereitungsprozess zur Landesgartenschau integriert und die umfangreiche Gespräche mit Vereinen, Betroffenen, Stakeholdern usw. möglich macht.

## 6. Erforderliche Personal- und Sachmittel

Die Projektleitung liegt derzeit beim Persönlichen Referenten des Baubürgermeisters.

Mit zunehmender Planungstiefe wird eine Bearbeitung der anstehenden Aufgaben in der Linienstruktur der Verwaltung nicht mehr sinnvoll und möglich sein. Daher wird die Geschäftsstelle Landesgartenschau geschaffen, die organisatorisch integriert ist in die Koordinierungsstelle Großprojekte und die vorerst in 2020 mit 1,0 Stellen für die Sachbearbeitung ausgestattet werden soll. Die Geschäftsstelle, bestehend aus Persönlichem Referent und zusätzlicher Person, ist zentrale Anlaufstelle für die Landesgartenschau, sowohl von Seiten der Bürgerschaft als auch verwaltungsintern. Aufgabe dieser Stelle ist darüber hinaus die Mitarbeit bei der Projektsteuerung, die Organisation der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Betreuung der Beteiligungsprozesse.

Der Aufgabenzuschnitt orientiert sich an den mittelfristig notwendigen Aufgaben und wird im Verlauf des Projektes ggf. angepasst. Zusätzlicher Personalbedarf ab 2020 wird im weiteren Projektverlauf geprüft und eingebracht.

Für die unter Punkt 4. und 5. aufgeführten Maßnahmen werden nach derzeitigem Stand im Jahr 2020 Sachmittel in Höhe von 360 T€ benötigt.

Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

• Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligungsverfahren	60 T€
• Planung/Wettbewerbsverfahren	250 T€
• sonstige Sachkosten	50 T€
<b>Summe</b>	<b>360 T€</b>

## 7. Finanzierung

### Städtische Haushaltsmittel

Die Finanzierung der Sach- und Personalkosten erfolgt im Rahmen des zur Verfügung stehenden Fach-/Bereichsbudget nach dem neuen Haushaltsplanverfahren 2020 und steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit aller zu erfüllender städtischer Aufgaben und der Beschlussfassung des Haushaltsplans 2020 durch den Gemeinderat.

Im Verlauf der weiteren Projektkonkretisierung wird eine detaillierte Finanzplanung erarbeitet und mit der mittelfristigen Finanzplanung bzw. der städtischen Investitionsstrategie abgestimmt.

### Fördermittel

Für bauliche Maßnahmen für die Landesgartenschau können Fördermittel aus Landesmitteln in Höhe von 50% der Investitionskosten, maximal jedoch 5 Mio. €, generiert werden. Diese Förderung ist ab 2025 möglich. Weitere Förderprogramme, beispielsweise zur Städtebauförderung, Gewässerrenaturierung, Radwegeausbau (LGVFG) und Tourismusförderung, werden mit zunehmender (Teil-) Projektkonkretisierung fortlaufend geprüft.